

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Sonderausgabe - 58. Jahrgang

Dezember 2008

„Wir stärken das soziale Berlin“

Michael Müller im Interview: Berlin investiert in Bildung und Arbeitsplätze

Berlin kommt voran: Die Arbeitslosenzahlen sinken, es gibt mehr Investitionen in Bildung und in die Erhaltung der Stadtquartiere. Darauf weist der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller jetzt im Interview hin.



Klaus Wowereit,
Regierender Bürger-
meister von Berlin.

Zur Sache:

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Berlin bewegt sich. 2008 haben wir erneut viel erreicht. Der Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst, der die Stadt belastete, ist beendet. Und der Abschluss hilft vor allem den Beziehern kleiner Einkommen. Es ist ein Kompromiss mit Augenmaß. Denn gleichzeitig setzen wir unsere solide Haushaltspolitik fort und zahlen zum zweiten Mal in Folge Schulden ab.

Wir halten unsere Versprechen: Ein weiteres Kitajahr wurde beitragsfrei gestellt. Über 800 neue Lehrkräfte begannen ihre Arbeit an den Berliner Schulen und die Berliner Universitäten festigen in vielen Bereichen ihre internationale Spitzenposition.

Trotzdem bleibt auch für 2009 noch vieles zu tun. In der Finanzkrise sind es die sozialdemokratischen Minister, die die richtigen Akzente setzen. Sie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit. Ich setze große Hoffnung auf die Bundestagswahlen und unseren Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Mit ihm an der Spitze einer künftigen Bundesregierung können wir die Probleme noch besser anpacken.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr - in einer der spannendsten Metropolen Europas. □

Berliner Stimme: Herr Müller, hat Berlin jetzt wieder mehr Geld zum Ausgeben zur Verfügung?

Michael Müller: Wir haben uns in den vergangenen Jahren unter großen Anstrengungen und mit viel Solidarität in der Stadt neue Spielräume erkämpft. Berlin investiert wieder: in kostenlose Kitabetreuung, in mehr Lehrerstellen, in Wissenschaft und Forschung, in die Stadtquartiere. Das zahlt sich aus. Damit machen wir die Stadt zukunftsfähig. Und wir stärken das soziale Berlin.

Berliner Stimme: Mehr Geld wird Berlin nun auch für den Öffentlichen Dienst ausgeben.

Michael Müller: Die Tarifeinigung ist aus meiner Sicht ein guter Kompromiss. Für die Berlinerinnen und Berliner ist die gute Nachricht, dass Kitas und Bürgerämter wieder uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst macht der Senat deutlich: Ihre Arbeit ist wichtig für unsere Stadt. Und mit den Erhöhungen ist der Senat an die äußersten Grenzen seiner Möglichkeiten gegangen. Uns war es wichtig, dass die unteren



Michael Müller ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD. Foto: SPD

Einkommensschichten besonders von der Einigung profitieren. Deshalb habe ich mich bereits Anfang des Jahres für einen Sockelbetrag eingesetzt, der bei der jetzt vorliegenden Einigung auch beschlossen wurde. **Fortsetzung Seite 3**

Wirtschaft:

„Schutzschirm für die Jobs“

SPD setzt sich für einen europäischen Zukunftspakt ein

Nach dem Rettungsschirm für die Banken gibt es nun auch einen Schutzschirm für Arbeitsplätze. Auf Drängen der SPD hat die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket beschlossen, um Investitionen und Aufträge in der Größenordnung von rund 50 Milliarden Euro zu sichern. Gefördert werden ökologische Sanierungsmaßnahmen, aber auch Handwerkerarbeiten im Haushalt.

Damit wird das zuvor bereits beschlossene Entlastungspaket für Familien ergänzt, das 2009 einer Entlastung von 6 Milliarden Euro und ab 2010 von 14 Milliarden Euro entspricht. „Alle Maßnahmen haben

zum Ziel, Investitionen zu fördern, die Konjunktur zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern“, betonte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Steinmeier setzte sich zudem für eine europäische Lösung ein: Da kein Staat und keine Volkswirtschaft in der Lage sei, die weltweite Finanzkrise alleine zu lösen, benötige man „jetzt auch einen starken europäischen Impuls“.

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering lobte Steinmeiers „Europäischen Zukunftspakt für Wachstum“ als vorbildlich. Europa könne „damit auch ein Beispiel geben für das, was jetzt weltweit dringend erforderlich ist“, sagte Müntefering. **BS** □

Bundespolitik:

„Jahr der Weichenstellung“

Frank-Walter Steinmeier: „SPD kann Orientierung geben“

Das Jahr 2009 wird in Deutschland nach Ansicht von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier ein Jahr der Weichenstellung. Dabei gehe es um neue Energiepolitik, um gute Arbeit, gleiche Löhne für Männer und Frauen, und darum, dass Deutschland in Europa und international für Frieden und Verständigung stehe.

Steinmeier: „Ich will ein Land, in dem Null Toleranz gegenüber Rassisten und Rechtsextremisten herrscht, ein Land, das Hetzjagden von Neonazis gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Meinung nicht duldet.“ Bildung, so Steinmeier weiter, sei ein Menschenrecht. Gebührenfreie Bildung soll von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule gelten. Das Bildungsversprechen Willy Brandts auf Chancengleichheit müsse erneuert werden.

Mit der Bundestagswahl im September werden dazu die Weichen gestellt. „Klare Führung“ sei in Zeiten der Finanzkrise und schwieriger werdenden wirtschaftlichen Zeiten gefragt. „Wieder einmal gilt für die deutsche Sozialdemokratie: Wenn es eng wird, ist es gut, dass wir für unser Land Verantwortung tragen: Verantwortung für Deutschland!“, betonte Steinmeier. Die marktliberale Ära sei vorbei. „Jetzt ist Zeit



SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier.

für Umdenken, neues Denken und Neubeginn.“ In einer Phase des Neubeginns, machte Steinmeier deutlich, müssten die Sozialdemokraten Orientierung und Richtung geben und Verantwortung für das Land übernehmen. Menschen merkten in Zeit von Krisen, dass das Soziale und Demokratische wichtig sei.

Markt sei kein Selbstzweck, sondern eine Ordnung. Wer wie Merkel von einer menschlichen Marktwirtschaft spreche, dürfe sich dem Mindestlohn nicht verweigern, so der SPD-Kanzlerkandidat. **BS** □

Europäische Union:

„Für ein soziales Europa“

Dagmar Roth-Behrendt: Neue Mehrheiten sind nötig

Das Ziel ist für die Berliner SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt klar: „Wir setzen uns insbesondere für ein soziales Europa ein und wir werden dafür sorgen, dass die Europäische Union ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leistet. Beides ist mit den konservativen Mehrheiten im Europäischen Parlament und in der EU-Kommission zurzeit nicht möglich.“

Die engagierte Europäerin will deshalb bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 für neue Mehrheiten kämpfen. Europaweit müssen soziale Mindeststandards für Arbeitnehmer eingeführt werden, fordert sie. „Die Europäische Union muss in erster Linie im Dienste ihrer Bürger stehen. Sie muss ihre Bedürfnisse und Sorgen erkennen und verstehen.“

Seit 1989 vertritt sie Berlin im Europaparlament, war von 2004 bis 2007 sogar Vize-Präsidentin des Parlaments. Und sie hat einiges erreicht, beim Umwelt- und Verbraucherschutz, aber auch für ihre Heimatstadt.



Dagmar Roth-Behrendt vertritt Berlin im Europäischen Parlament.

Foto: SPD

„Dass Berlin von 2007 – 2013 wieder 1,2 Milliarden Euro aus der EU erhält, ist ein großer Erfolg“, sagt sie. Solche Ergebnisse ermutigen die 55jährige Juristin weiterzumachen. Zu tun gibt es noch einiges, angefangen beim Bürokratieabbau bis hin zur Durchsetzung von verbesserten Arbeitnehmerrechten und mehr Chancengerechtigkeit in der EU. **BS** □

Umwelt:

Steinmeier: „Atomenergie ist nicht verantwortbar“

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sieht keine Zukunft für die Atomkraft in Deutschland. Vor dem Hintergrund der jüngsten Proteste gegen den Atommülltransport sprach er von einer „nicht verantwortbaren Energie“. Der Ausstiegskonsens unter der rot-grünen Bundesregierung sei wichtig und richtig gewesen.

Nicht zuletzt wegen des Drucks der Anti-Atom-Bewegung sei Deutschland heute bei der Suche und Entwicklung alternativer Technologien weiter als die meisten anderen Länder. Steinmeier hatte den Atomkonsens 1999 mit ausgehandelt. □

Bundeshaushalt:

Mehr Geld für Kultur

Der Kulturetat des Bundes wird für das kommende Jahr um fünf Millionen Euro erhöht. Darauf hat die Berliner SPD-Haushaltsexpertin Petra Merkel hingewiesen. 1,5 Millionen Euro dienen zur Einrichtung einer neuen „Stiftung Berliner Schloss-/Humboldt-Forum“. Weitere Mittel stehen für das Denkmal der Einheit in Berlin und eine Gedenkstätte an der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zur Verfügung. □

Wirtschaft:

„Industrie als Motor“

„Die Re-Industrialisierung Berlins ist voll im Gange.“ Das stellte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit bei einer Wirtschaftskonferenz in Adlershof fest. Die Industrie sei im ersten Halbjahr wieder Wachstumsmotor für die Stadt gewesen. Wowereit: „Industrie der Zukunft, das heißt hochwertige Produktion, die eng mit Forschung und Entwicklung, mit Design und Marketing verknüpft ist.“ □

Soziale Stadt:

Sanierung abgeschlossen

Die Sanierung in den Bereichen Rosenthaler Vorstadt in Mitte, Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg und Weitlingstraße in Lichtenberg ist erfolgreich abgeschlossen worden. Insgesamt haben Berlin und der Bund hier 284 Millionen Euro ausgegeben. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Es ist gelungen, durch die Sanierung ein positives und attraktives Wohnumfeld zu schaffen. Die Gebiete stehen heute für Wohnen in der Innenstadt und haben sich in den letzten Jahren mit großer Dynamik zu lebendigen und jungen Wohnquartieren mit fast 25.000 Bewohnerinnen und Bewohnern gewandelt.“ **BS** □

Finanzpolitik:

Märkte brauchen klare Regeln

SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan ruft zu einer breiten Debatte auf

Für mehr Transparenz und klare Regeln auf den Finanzmärkten hat sich Gesine Schwan ausgesprochen. „Nicht der Markt als Regulationssystem hat versagt“, sagt die SPD-Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin. „Versagt haben jene, die meinten, der Markt komme ohne Regeln aus und schaffe es, ohne staatliche Kontrolle ökonomische Krisen einzudämmen und soziale Ungerechtigkeit auszugleichen.“

Die Professorin und gebürtige Berlinerin, die ihre Vorstellungen jetzt vor der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses erläuterte, setzt sich für eine wirksame Kontrolle auf den Märkten und eine stärkere Haftung von Managern ein. „Bonuszahlungen etwa darf es nicht nur für kurzfristige Profite geben, sondern für Beiträge zur langfristigen Unternehmensentwicklung.“

Öffentlichkeit und Offenheit müsse auf den Märkten hergestellt werden, damit Kontrolle möglich wird, mahnt die SPD-Politikerin. Der Finanzmarkt soll wieder „eine dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft“ einnehmen. Und wenn sie fordert, „den Wert der sozialen Marktwirtschaft wieder in Erinnerung“ zu rufen, dann heißt das für Gesine Schwan vor allem eine Rückkehr zur Ursprungsidee: Marktwirtschaft geprägt von sozialer Verantwortung.

In einer Reihe von Vorträgen will sie in den kommenden Monaten zentrale Fragen der Gesellschaft aufgreifen und ein sozial-



Gesine Schwan und Berlins SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller.

Foto: Horb

demokratisches Gesamtkonzept sichtbar machen. Themen sind u. a. die Bildungspolitik, Wirtschaft, Arbeit und Finanzen. Ihr gehe es um die sozialdemokratische Antwort auf die Frage, wie die globalisierte Welt gerecht gestaltet werden könne, sagte sie vor der Berliner SPD-Fraktion. Wichtige Weichenstellungen stehen an. Dabei setzt sie auf die eigene Beharrlichkeit, die sie auch bei einer Wahl zur Bundespräsidentin unter Beweis stellen will. „Steter Tropfen höhlt den Stein. Es muss spürbar sein: Da ist Leidenschaft, da ist Feuer dahinter, da wollen Menschen wirklich etwas. Es reicht nicht, zwei- oder dreimal eine Position vorzutragen.“

Denkanstöße jenseits der Tagesdiskussi-

on möchte Gesine Schwan geben. Die SPD kann dabei zu Recht die Meinungsführerschaft beanspruchen: „In ihrem Hamburger Grundsatzprogramm, hat sie eine höchst realistische Vision entwickelt. Sie ist auf der Höhe der Herausforderungen“, so Gesine Schwan.

Bei ihrer Vorstellung in der Berliner SPD-Fraktion erhielt sie die uneingeschränkte Unterstützung. Ihre Kandidatur für das Amt der Bundespräsidentin bewertete Berlins SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller als „Brückenschlag über die Parteigrenzen hinweg“. Die Debatte über die Zukunft der Gesellschaft sei eine große Chance für die Sozialdemokratie, so Müller. **BS** □

Fortsetzung von Seite 1:

„Wir stärken das soziale Berlin“

Michael Müller im Interview: Berlin investiert in Bildung und Arbeitsplätze

Berliner Stimme: Weltweit gibt es zurzeit ein beherrschendes Thema: die Finanzmarktkrise. Welche Auswirkungen haben wir in Berlin zu befürchten?

Michael Müller: Diese Krise verlangt den aktiven Staat. Und da sind Sozialdemokraten gut gerüstet. Es ist dem entschlossenen Handeln des sozialdemokratischen Bundesfinanzministers zu verdanken, dass wir in Deutschland ein umfangreiches Stabilisierungspaket für die Banken haben. Und es sind sozialdemokratische Vorschläge, die jetzt zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, die Förderung ökologischer Sanierungsmaßnahmen - das sind Maßnahmen, die auch in Berlin Arbeitsplätze sichern. Die bewältigte Berliner Bankenkrise macht sich übr-

gens positiv bemerkbar: Anders als andere Bundesländer muss Berlin nicht für die Ausfälle einer Landesbank einstehen.

Berliner Stimme: Dennoch: Wirtschaftsexperten warnen vor einer Rezession.

Michael Müller: Berlin kann sich von weltweiten Entwicklungen natürlich nicht abkoppeln, aber wir haben in den vergangenen Jahren die Grundlagen für eine positive Entwicklung geschaffen. Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt: Berlin hat seine Innovationskraft in den letzten Jahren gesteigert, während sie im Bundesdurchschnitt rückläufig war. Die Arbeitslosigkeit in der Region Berlin-Brandenburg ist zuletzt auf den niedrigsten Stand seit 13 Jahren gesunken. Die Zunahme bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs lag in

diesem Sommer deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In der Kreativwirtschaft entstehen neue Arbeitsplätze, die Gesundheitswirtschaft gewinnt immer stärker an Bedeutung, Pharmaunternehmen wie Pfizer verlegen ihre Deutschlandzentrale aus gutem Grund nach Berlin. Im Tourismus sind wir erfolgreich, Berlin hat eine internationale Ausstrahlungskraft, die in unserer Stadt selbst oft gar nicht wahrgenommen wird. Zu unserem Bild einer sozialen Stadt gehört aber auch die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger Berlins. Starke landeseigene Unternehmen wie die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die BSR und die BVG sind uns wichtig. Deswegen haben wir Privatisierungen in diesen Bereichen grundsätzlich ausgeschlossen. □

Wirtschaft & Arbeit:

Müntefering und Sommer:
Europa der Arbeitnehmer

Verabredeten eine engere Zusammenarbeit: DGB-Chef Michael Sommer und der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering. Foto: DGB

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von SPD und DGB wird sich mit der Frage beschäftigen, wie man „Europa auf dem Weg zu einer sozialen Gemeinschaft weiterbringen kann“. Das erklärten die Vorsitzenden von SPD und DGB, Franz Müntefering und Michael Sommer nach einem gemeinsamen Treffen.

Müntefering unterstrich das Ziel der SPD, „die soziale Ordnung Europas überzeugender zu gestalten“. Gerade die aktuelle Finanzkrise zeige die Notwendigkeit von Regeln im Interesse von Arbeitnehmern, der Volkswirtschaften „und der Demokratie insgesamt“.

Gute Nachrichten aus Berlin

Mehr Jobs, bessere Schulen, Sportstadt Nummer Eins

Die Zahl der Arbeitsplätze ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, die Berliner Landesunternehmen befinden sich im Aufwind, Berlin ist laut neuester Studie Deutschlands Sportstadt Nummer 1. Das sind nur einige der positiven Meldungen aus den vergangenen Tagen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im Herbst 2008 um 30.800 über dem Vorjahreswert, die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 13 Prozent und damit 1,4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt: Berlin hat seine Innovationskraft in den letzten Jahren gesteigert. Im Ranking des DIW steht Berlin nach Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern auf Platz 4. Eine Studie der Technischen Universität belegt zudem die gute Entwicklung der Kreativwirtschaft: 80 Prozent der Firmen sind nach 1990 entstanden, die Firmen sind klein, aber sie wachsen und sie bleiben der Stadt treu.

Aufwärts geht es auch bei den Unternehmen des Landes Berlin. 2002 waren sie noch mit rund 460 Millionen Euro im Minus, in diesem Jahr erwirtschaften sie einen Gewinn von 433 Millionen Euro. Zum zweiten Mal in Folge kann Berlin jetzt Schulden abbauen: Der Landeshaushalt wird 2008 mit einem Überschuss von knapp 600 Millionen Euro abschließen.



Berlin: Der Aufwärtstrend setzt sich fort. Foto: uh

Dadurch werden auch weitere Ausgabesteigerungen für Hilfen in besonderen Lebenslagen oder für den Kita-Bereich ausgedacht. In der PISA-Studie holt Berlin auf. Künftig, so Bildungssenator Jürgen Zöllner, werden sich die eingeleiteten Bildungsreformen noch deutlicher auswirken.

Vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut ist Berlin jetzt zur Sportstadt Nummer Eins gekürt worden. „Das kontinuierliche Engagement hat sich ausgezahlt“, sagt der Senator für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting. „Im kommenden Jahr steht mit der Leichtathletik-WM ein weiteres Großereignis an.“

Angesichts dieser Entwicklungen ist das Ergebnis einer weiteren Untersuchung kein Wunder: „89 Prozent der Berliner leben gern in der Hauptstadt“, so die Berlin-Studie der Hertie-Stiftung. **BS**

Eintreten! Mitentscheiden!

2009 wird ein Jahr der Entscheidungen. Und Sie können daran mitwirken. Werden auch Sie aktiv: In der Berliner SPD können Sie mitreden, mitgestalten und mitentscheiden.

- Ja, ich möchte Mitglied der Berliner SPD werden.
- Ich interessiere mich für eine Gastmitgliedschaft.
- Ich möchte die Berliner SPD mit einer Spende unterstützen. Bitte senden Sie mir nähere Informationen zu.
- Ich möchte mehr Informationen über die Berliner SPD. Bitte senden Sie mir Material.

Vorname /Name

Straße

Postleitzahl / Ort

Telefon

E-Mailadresse

Bitte im Umschlag senden an: SPD Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Ihr Gewinn: Europa 2009.

Unter allen Einsendungen verlosen wir 250 Exemplare des Europa-Wandkalenders von Dagmar Roth-Behrendt.

Hier erreichen Sie uns:

- SPD Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- Telefon 4692 222
- Mail: spd@spd-berlin.de
- Die Berliner SPD im Internet: www.spd-berlin.de

Berliner Stimme

Herausgeber: Rüdiger Scholz, Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion: Daniela Fiedler, Hannes Höne-mann, Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Die Berliner Stimme gibt es auch im Abonnement - alle 14 Tage mit 16 Seiten zum Preis von 30,15 Euro. Bestellungen: 2408-3660, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de

Druckerei: Heenemann, Berlin